

## Informationen gemäß Artikel 13 Absatz 1 und 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten -Datenschutzerklärung

Im Rahmen einer videobasierten Kennzeichenerfassung werden an 10 Abschnitten von Hauptverkehrsstraßen im Zeitraum vom 5. bis 7. November 2019 personenbezogene Daten erhoben.

Hierzu werden folgende Datenschutzhinweise gegeben.

### 1. Name und Anschrift der Verantwortlichen Stelle

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

#### **Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz**

Am Köllnischen Park 3  
10179 Berlin

### 2. Name und Anschrift der DSB (Datenschutzbeauftragten)

Der Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist erreichbar unter:

Datenschutzbeauftragter  
c/o Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz  
Am Köllnischen Park 3  
10179 Berlin  
E-Mail: [datenschutz@senuvk.berlin.de](mailto:datenschutz@senuvk.berlin.de)

### 3. Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im Land Berlin

Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit  
Friedrichstr. 219  
10969 Berlin

### 4. Zweck, Beschreibung und Umfang der Verarbeitung

Für die Untersuchung der Wirkung von Maßnahmen zur Luftreinhaltung sind genaue Kenntnisse der Zusammensetzung der auf Berliner Straßen eingesetzten Fahrzeugflotte notwendig, um den Schadstoffausstoß berechnen zu können. Zur Bestimmung der Fahrzeugflotte werden im Rahmen einer videobasierten Kennzeichenerfassung an 10 Abschnitten von Hauptverkehrsstraßen im Zeitraum vom 5. bis 7. November 2019 die Kennzeichen der dort fahrenden Fahrzeuge erfasst. Das Videosystem registriert nur das Kennzeichen, nicht aber ein Bild des Fahrzeugs oder gar der Insassen. Die Daten werden der Zulassungsbehörde ohne Angaben zu Ort oder Zeit mitgeteilt und es erfolgt keine Abfrage der Halterdaten. Zur Zuordnung der technischen Fahrzeugdaten zu den Erhebungsorten werden die Orte codiert. Dieser Code wird nicht an die Zulassungsbehörden weitergegeben.

Die Kennzeichenerhebung dient somit ausdrücklich nicht der Ahndung von Verkehrsverstößen.

Anhand der Kennzeichen werden die folgenden technischen Merkmale von Fahrzeugen für die Berechnung des Schadstoffausstoßes bei der Berliner Zulassungsbehörde und für nicht-berliner Fahrzeuge beim Kraftfahrt-Bundesamt abgefragt:

- Jahr der Erstzulassung
- Fahrzeugklasse und Aufbauart
- Emissionsklasse (= Emissionsschlüsselnummer)
- Kraftstoff/Antrieb
- Hubraum
- Motorleistung in kW
- Leergewicht
- Gesamtgewicht

- Fahrzeuglänge
- Zahl der Achsen
- Anzahl der Sitzplätze und der Stehplätze (Busse)
- CO<sub>2</sub>-Emissionswert für Pkw soweit Angaben vorhanden
- Ausrüstung mit Partikelfilter soweit Angaben vorhanden

Die ausgelesenen Kennzeichen werden nach Übermittlung der Kennzeichen an die Berliner Zulassungsbehörde oder das Kraftfahrt-Bundesamt **sofort gelöscht**. Die technischen Daten werden von den Behörden ohne Kennzeichen zurückgegeben. Aus den Daten zur Fahrzeugtechnik lassen sich somit keine Fahrzeuge und damit auch keine personenbezogenen Daten identifizieren.

Die Kennzeichenerhebung wird im Rahmen der Förderrichtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ des „Sofortprogramms Saubere Luft“ durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gefördert.

Mit der Durchführung der Kennzeichenerhebung wurde folgendes Unternehmen beauftragt:

Ingenieurbüro Lohmeyer  
Herr Ingo Düring  
Mohrenstraße 15, 01445 Radebeul

Mit dem Auftragnehmer wurde die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Auflagen hinsichtlich Datentransport und Umgang mit den erhobenen Daten vertraglich vereinbart.

## 5. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Rechtsgrundlage für die Datenerhebung und –verarbeitung ist gegeben durch § 3 BlnDSG i. V. m. § 47 Abs. 4 BImSchG und Anlage 13 der 39. BImSchV.

Die Kennzeichenerhebung dient der Untersuchung der Wirkung von Maßnahmen des Luftreinhalteplans gemäß § 47 Abs. 4 Bundesimmissionsschutzgesetz (z.B. Ermittlung der Verursacheranteile) und Anlage 13 der 39. BImSchV (Inhalte eines Luftreinhalteplans). Hierfür ist die Berechnung der verkehrsbedingten Emissionen anhand technischer Fahrzeugdaten erforderlich, weil der Straßenverkehr die wichtigste Ursache von Luftschadstoffen in Berlin ist. Diese Daten zur aktiv im Straßenverkehr eingesetzten Fahrzeugflotte lassen sich nur mit Hilfe einer Kennzeichenerhebung bestimmen. Im Übrigen ist § 3 Satz 1 Berliner Datenschutzgesetz als weitere Rechtsgrundlage heranzuziehen, da die Verarbeitung der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben dient.

## 6. Empfänger der personenbezogenen Daten

Kennzeichen von in Berlin zugelassenen Fahrzeugen werden weitergegeben an:

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO)  
Abt. III - Kraftfahrzeugwesen  
Kraftfahrzeugzulassung  
IT-Fachverfahrensservice ZWExpert  
Ferdinand-Schultze-Str. 55  
13055 Berlin

Kennzeichen der übrigen in Deutschland zugelassenen Fahrzeuge werden weitergeleitet an:

Kraftfahrt-Bundesamt  
Sachgebiet 312 - Externe Dienstleistungen,  
24932 Flensburg

## 7. Dauer der Speicherung

Die Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zweckes ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind. Dies ist für Mitte Dezember 2019 vorgesehen.

## 8. Rechte der Betroffenen

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

### 8.1 Auskunftsrecht

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden.

Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

1. die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
2. die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
3. die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
4. die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
5. das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
6. das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
7. alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;
8. das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

## **8.2. Recht auf Berichtigung**

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

## **8.3. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

1. wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
2. die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
3. der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
4. wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

## **8.4. Recht auf Löschung**

### **a) Löschungspflicht**

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen

Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

1. Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
2. Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
3. Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
4. Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
5. Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
6. Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

#### **b) Information an Dritte**

Hat der Verantwortliche die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

#### **c) Ausnahmen**

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist:

1. zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
2. zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
3. aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
4. für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
5. zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

### **8.5. Recht auf Unterrichtung**

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

### **8.6. Recht auf Datenübertragbarkeit**

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie dem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern

1. die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO beruht und
2. die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

In Ausübung dieses Rechts haben Sie ferner das Recht, zu erwirken, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

### **8.7. Widerspruchsrecht**

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht.

Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Sie haben die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft – ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG – Ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren auszuüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.

### **8.8. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung**

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

### **8.9. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

#### **Zuständige Datenschutzbehörde:**

Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit  
Friedrichstr. 219  
10969 Berlin

Tel.: (030) 1388-90

E-Mail: [mailbox@datenschutz-berlin.de](mailto:mailbox@datenschutz-berlin.de)

Diese Datenschutzhinweise für die Kennzeichenerhebung sind nicht zu verwechseln mit unseren allgemeinen Datenschutzhinweisen unter:

<https://www.berlin.de/senuvk/service/formulare/de/datenschutz.shtml>